

Jenseits von Berlin. Mauerbau, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft der DDR

Die Reaktionen der ländlichen Gesellschaft auf den Mauerbau unterschieden sich auf den ersten Blick kaum von jenen in den urbanen Regionen der DDR. Auch hier, in den Dörfern, hatte man im Sommer 1961 durchaus damit gerechnet, dass die Machthaber in absehbarer Zeit weitgehende Maßnahmen ergreifen würden, um die Fluchtwelle zu stoppen. Auch hier hatte man es kaum für möglich erachtet, dass eine organisch gewachsene Stadt wie Berlin hermetisch geteilt werden könne. Und auch hier war man daher ab dem 13. August 1961 zwar nur wenig überrascht, doch zutiefst erschüttert. Alle Reaktionen, die sich für die Folgetage in den Städten nachweisen lassen, konnten prinzipiell auch in den Dörfern beobachtet werden, die Bandbreite reichte dabei von umfassender Resignation über verhaltenen Protest bis hin zu offener Ablehnung und aktivem Handeln. Aus dem Bezirk Magdeburg etwa wurde vermeldet, dass es zunächst keinerlei Meinungsäußerungen gegeben habe, ab dem 15. August jedoch sich in „allen Kreisen und Bevölkerungsschichten [...] Feindstimmungen“¹ breitmachten.

Nichts schien im Schatten der soeben errichteten Mauer zu absurd, als dass es nicht für möglich erachtet wurde: In der thüringischen Gemeinde Heiligenthal etwa wurde eine Frau kurz nach dem Mauerbau wegen Hetze inhaftiert. Ihr Vergehen: Sie hatte öffentlich argumentiert, der frühere KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann sei nicht im Konzentrationslager umgekommen, sondern von Walter Ulbricht ermordet worden.² Diese Behauptung widersprach den historischen Abläufen, doch ihre Absicht war unmissverständlich: Sie rührte zutiefst an den Antifaschismus-Mythos der SED.

Gegen einen katholischen Schlosser, der aus dem brandenburgischen Großräschen stammte, wurde wenige Wochen später ein Untersuchungsverfahren wegen staatsgefährdender Propaganda

1 Politisch-operative Auswertung der bisherigen Durchführung der Aktion „Rose“ vom 27.8.1961, in: BStU, ASt. Magdeburg, AS 2/68, Band 1, Teile 1/3, Zitat S. 4.

2 Vgl., auch zu weiteren Beispielen, den entsprechenden Bericht o. D. in: BStU, ASt. Halle, Abt. IX, Nr. 6001, hier S. 370.

eingeleitet. Der entsprechende Beschluss benannte dafür als wichtigsten Grund: „Der Beschuldigte wird beschuldigt, staatsgefährdende Propaganda und Hetze betrieben zu haben, indem er verbreitete, dass Chruschtschow auf einer UNO-Tagung den Schuh ausgezogen und damit aufs Rednerpult geschlagen habe.“³ Das entsprach zwar weitgehend den Realitäten, nicht jedoch jenem Bild, das die Machthaber in Ost-Berlin vom weltweit ranghöchsten Kommunisten hatten. Zudem habe der Delinquent die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft als Zwangskollektivierung bezeichnet und auftretende Versorgungsschwierigkeiten genau darauf zurückgeführt. Der Mann sollte für seine Äußerungen schließlich mit einer harten Gefängnisstrafe zahlen.

Im Bezirk Leipzig war man in gewisser Weise bereits weiter. Denn hier verzeichnete das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nur etwas mehr als eine Woche nach dem 13. August ein Gerücht, das für einige Unruhe sorgte. Im VEB Montan, in dem auch Bewohner nahe liegender Dörfer arbeiteten, wurde nämlich diskutiert, wie man denn nun das ummauerte Land überhaupt noch verlassen könne. Die Antwort auf dieses Problem war ebenso naheliegend wie verblüffend. Es bestehe, so verzeichnet der entsprechende Bericht, „die Möglichkeit des Verlassens der DDR über Reisen des Deutschen Reisebüros in das sozialistische Ausland, indem man sich an das dortige westdeutsche Konsulat wendet.“⁴ Es sollte 28 Jahre dauern, bis aus diesem Gerücht konkretes Handeln in größerem Ausmaß wurde und sich weithin wahrnehmbare Besetzungen bundesdeutscher Botschaften ereigneten. Die Folgen sind bekannt; erörtert wurde die Möglichkeit bereits kurz nach dem Mauerbau.

Es bleibt zunächst festzuhalten, dass auch die ländliche Gesellschaft vom Mauerbau kalt erwischt wurde und die Bevölkerung in den Dörfern zunächst kaum wusste, wie sie mit dieser Ungeheuerlichkeit umgehen sollte. So grotesk die genannten Beispiele erscheinen, so waren sie doch der Versuch, sich in einem drastisch veränderten Koordinatensystem zu orientieren und dazu Stellung zu beziehen. Die gefühlte Absurdität der Teilung Berlins endete eben nicht an den Rändern der Metropole, sondern erfasste die gesamte DDR. Mehr noch: Die Beziehungen zwischen dem ländlichen Raum und dem Mauerbau waren weit vielfältiger und bedeutungsvoller, als das bis zum heutigen Tage zur Kenntnis genommen wurde,⁵ und das gilt mindestens in einem doppelten Sinne. Die endgültige Abriegelung der DDR hatte selbstredend gravierende Auswirkungen auf das Leben und das Arbeiten auf dem Lande. Umgekehrt aber ist auch der Mauerbau letztlich kaum erklärbar, wenn man die ländlichen Belange unberücksichtigt lässt. Dieser Zusammenhang war den Zeitgenossen sehr wohl präsent, ist über die Jahrzehnte aus

3 Begründung für die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens vom 22.9.1961, in: BStU, ASt. Neubrandenburg, AU 97/61, Zitat S. 14.

4 Lagemeldung Nr. 47 vom 21.8.1961, in: BStU, ASt. Leipzig, Leitung, Nr. 973/4, Zitat S. 23.

5 Als wichtige Ausnahme ist zu nennen: Arnd Bauerkämper: Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963, Köln 2002.

verschiedenen Gründen aber etwas aus dem Blick geraten. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf das Gespräch zwischen Walter Ulbricht und Nikita Chruschtschow vom 1. August 1961, das zunächst deshalb in Erinnerung bleibt, weil sich die beiden kommunistischen Spitzenpolitiker nahezu Slapstick-artig in eine landwirtschaftliche Debatte verstrickten, die sich vordergründig um den Anbau von Kartoffeln und Mais drehte:

„*Ulbricht*: Ich beginne mit der Erläuterung unserer wirtschaftlichen Lage. Zwei Monate lang gab es bei uns keine Kartoffeln zu kaufen. Das ist sehr schlecht. Es liegt daran, dass wir im vergangenen Jahr eine schlechte Ernte hatten und in diesem Jahr das Wetter feucht war, so dass die Kartoffeln in den Mieten verfault sind. [...]

Chruschtschow: Aus meiner Moskauer Erfahrung möchte ich mich für den Mais einsetzen. Als ich 1950 aus der Ukraine nach Moskau kam, war das Wetter hier sehr kalt und regnerisch. Ich habe damals meinen Personenschutz aus der Ukraine mitgebracht, und die Genossen erzählten mir, dass der Sohn eines Mitarbeiters seine Mutter sogar gefragt hat, ob es in Moskau überhaupt einen Sommer gibt. Selbst in jenem Jahr ist der Mais bei mir fünf Meter hoch gewachsen. Das liegt alles an der Pflege.

Ulbricht: Aber bei uns wächst er nicht.

Chruschtschow: Da kann ich Ihnen nicht zustimmen. Beim Mais bin ich Fachmann, Sie dagegen akzeptiere ich nicht als solchen.“⁶

Mit dieser harschen Replik machte Chruschtschow die Machtverhältnisse zwischen den beiden Gesprächsführenden unmissverständlich deutlich, und ebenso deutlich benannte er einen wesentlichen Bedingungsfaktor für jene verfahrenere Situation, die den Mauerbau schließlich auch aus seiner Sicht unausweichlich erscheinen ließ: die, wie er es nannte, „übereilte Kollektivierung“ der Landwirtschaft. Man muss also zurückblicken, wenn man die Reaktionen der ländlichen Bevölkerung auf den 13. August verstehen möchte. Man muss aber auch zurückblicken, um Ulbrichts Agieren im Sommer 1961 tiefer ergründen zu können. Der Mauerbau war, das dürfte unstrittig sein, eine existenzielle Voraussetzung für das Fortbestehen der SED-Diktatur. Insofern steht es außer Frage, dass er früher oder später in jedem Fall erfolgt wäre. Aber dass er *so* realisiert wurde, *wie* es im August 1961 der Fall war, hatte ganz unmittelbar mit dem ländlichen Lebensraum zu tun, vor allem mit dem erzwungenen Abschluss der Kollektivierung am Beginn des Vorjahres – und das wiederum sollte direkte Auswirkungen auf die Reaktionen der Dorfbewohner nach dem Mauerbau haben.

6 Zitiert nach: www.chronik-der-mauer.de (Zugriff am 18.2.2012).

1. Vom „sozialistischen Frühling“ zum Mauerbau

Der kausale Zusammenhang zwischen dem gewaltvollen Abschluss der Kollektivierung und dem Mauerbau wurde, wie bereits angeführt, zeitgenössisch sehr wohl wahrgenommen und hat in der historischen Forschung durchaus Berücksichtigung gefunden. Von Ausnahmen abgesehen sind die Interpretationen dieser Verbindung jedoch ebenso einfach wie eindimensional: Durch die erzwungene Eingliederung praktisch aller privatbäuerlichen Betriebe in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) habe sich die Versorgungslage drastisch verschlechtert, das habe die Unzufriedenheit der Bevölkerung verstärkt, die Fluchtwelle anschwellen lassen und so einen nicht eben wesentlichen, aber doch gewissen Beitrag zur Notwendigkeit des Mauerbaus geleistet.

Diese Interpretation ist keineswegs falsch, doch sie erfasst die vielfältigen Beziehungen zwischen beiden Prozessen nicht einmal annähernd und führt so zu sträflich vereinfachenden Urteilen. Insbesondere lässt sie jene Zusammenhänge unberücksichtigt, die geradezu essentiell für die Art und Weise waren, in der die SED im Sommer 1961 agierte und die Bevölkerung darauf reagierte. Darauf wird zurückzukommen sein, zunächst aber soll es um die Frage gehen, inwiefern der sozialistische Frühling den Mauerbau präfigurierte und wo genau die Verknüpfungen liegen. Im zweiten Schritt wird nach den Motivationen der SED-Führung, genauer: der Motivation Walter Ulbrichts als wichtigstem Protagonisten sowohl von Kollektivierungspolitik als auch von Mauerbau für sein entschlossenes Handeln zu fragen sein. Abschließend gilt es, an einem sehr markanten, zugleich aber paradigmatischen Beispiel zu verdeutlichen, welche konkreten Folgen sich daraus für die Bevölkerung jenseits der Städte ergaben.

Zurück also in das Frühjahr 1960. Seit etwa acht Jahren versuchte die SED zu diesem Zeitpunkt bereits, ihre ideologisch begründete Herrschaft auf dem Lande durchzusetzen – mit begrenztem Erfolg. Wichtigster Punkt dabei war die Inkorporation aller bäuerlichen Privatbetriebe in die Produktionsgenossenschaften. Zuvor waren durchaus auch andere Modelle diskutiert worden, doch spätestens im Januar 1960 war damit Schluss. Nun sollte die Agrarwirtschaft endgültig in die zentrale Planwirtschaft eingegliedert, privat-kapitalistische Mechanismen ausgeschaltet und damit die Plan- und Steuerbarkeit des agrarischen Sektors gesichert werden. Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir I. Lenin hatten es so gelehrt, und ihre ostdeutschen Apologeten glaubten ohne eine Spur von Zweifel daran, dass nur auf diesem Wege die Macht der Partei zu sichern sei. Zudem, so die Theorie, würden durch eine vollständige Kollektivierung der Privatbetriebe und ihrer Eigentümer die Erträge sprunghaft anwachsen, die Versorgung der Bevölkerung besser denn je und der Sozialismus auf dem Lande nicht mehr aufzuhalten sein.⁷

7 Vgl. ausführlich, auch zum Folgenden, Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2010.

Mit einem Gewaltakt ohnegleichen ging die selbst ernannte Partei der Arbeiterklasse im „sozialistischen Frühling“ 1960 daran, die ländliche Ökonomie und damit auch Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzuformen. Strukturell gelang ihr das durchaus, schon im Mai gleichen Jahres gab es in der DDR kaum noch bäuerliche Privatbetriebe. Doch sehr schnell wurde im weiteren Verlauf offenbar, dass das Gegenteil des Erwarteten eintrat. Dabei war das massive Einbrechen der Erträge nur die offensichtlichste Negativfolge, tatsächlich gingen die Probleme sehr viel tiefer. Schnell zeigten sich Folgeerscheinungen, die im Rausch des Klassenkampfes schlicht nicht bedacht worden waren: Die Steuereinnahmen brachen dramatisch ein, da die LPG weniger Aufkommen zu erbringen hatten als Privatbetriebe. Im Gegenzug wuchsen die Sparkonten der früheren Betriebsinhaber sprunghaft an, da nun keine Kosten mehr für die Wirtschaftsführung anfielen. Der wachsenden Kaufkraft aber stand kein adäquates Warenangebot gegenüber. Das Ministerium für Finanzen warnte schon Mitte März 1960 fast hysterisch vor hyperinflationären Zuständen. Der ohnehin fragile Staatshaushalt der DDR war demnach akut bedroht, zumal das Ministerium „infolge zügiger sozialistischer Umgestaltung“ einen Steuerausfall von weiteren 67,8 Millionen DM für das laufende Jahr prognostizierte – und das würde nicht ohne spürbare Negativeffekte für die gesamte DDR bleiben.⁸

Die Zahl der Viehverendungen explodierte nun förmlich, worin sich nicht zuletzt die schnelle Entfremdung zwischen dem genossenschaftlichen Eigentum und den zu Landarbeitern degradierten Erzeugern offenbarte. Schon im April 1960 stieß das Ministerium für Staatssicherheit auf ein besonders drastisches Beispiel: „In der LPG ‚Hammer und Sichel‘ in Seelow [...] sind vom 1.1.-30.4.1960 417 Schweine verendet. Die Untersuchungen haben ergeben, daß die in der LPG herrschende beispiellose Schlamperei und Verantwortungslosigkeit die Ursache dieser Viehverendungen war. [...] Die Viehverendungen konnten einen so großen Umfang annehmen, weil die verendeten Tiere darüber hinaus nicht ordnungsgemäß der Tierkörperverwertungsanstalt zugeführt, sondern die Verluste verschwiegen wurden. Tote Läufer und Ferkel wurden unter Stroh oder dem Holzbelag der Schweinebuchten gefunden. Sogar in einem vom Brigadier benutzten Schreibpult wurden verendete Tiere gefunden, die bereits stark verwest waren. Andere verendete Tiere wurden gekocht und Hühnern zum Fraß gegeben, ohne daß aber die Krankheitskeime durch das Kochen richtig abgetötet wurden.“⁹

Durch derartige Vorgänge geriet die natürliche Reproduktion der Bestände ernsthaft in Gefahr. Zudem drohten nun empfindliche Konventionalstrafen, da es nicht mehr möglich war, den internationalen Liefervereinbarungen gerecht zu werden. Bei den pflanzlichen Produkten sah es nicht viel besser aus. Das schwerwiegendste Problem war jedoch ein anderes: Die

8 Vermerk des Ministeriums für Finanzen, Abteilung Landwirtschaft, vom 15.3.1960, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/357, Zitat Bl. 47.

9 Information über die Ursachen umfangreicher Viehverendungen per 14.7.1960, in: BStU, ASt. Leipzig, Leitung, Nr. 80, S. 133.

Dorfbevölkerung rebellierte gegen die einschneidenden Maßnahmen. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle näher darauf einzugehen, doch Streiks, brennende Scheunen, Proteste, LPG-Austritte, Resignation und eine ständig wachsende Zahl von „Republikfluchten“ waren in den Jahren 1960/61 elementare Bestandteile der dörflichen Lebenswelt – ebenso wie die dagegen gerichtete und ständig härter werdende Repression.¹⁰

Die negativen Folgen der erzwungenen Vollkollektivierung schlugen sich unmittelbar in den urbanen Zentren des Landes nieder, die fatalen Auswirkungen wurden immer spürbarer und verstärkten ihrerseits die ohnehin äußerst angespannte Lage. Bereits im Sommer 1960, so verzeichnete das Ministerium für Staatssicherheit, war die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln wieder Thema Nummer Eins in den öffentlichen Gesprächen und eine Besserung der Lage nicht in Sicht. Ursächlich dafür, und das wurde vielfach auch ganz treffend benannt, war die mangelnde Produktivität der LPG, oder, auf einen anderen Nenner gebracht, denn nichts anderes stand dahinter: die verfehlte Politik der SED-Führung.

Der SED drohte nach der Zwangskollektivierung des Jahres 1960 zunehmend der Kontrollverlust über das ländliche Wirtschafts- und Sozialgefüge. Die Attraktivität der Bundesrepublik und vor allem West-Berlins einerseits, die zunehmende innenpolitische Repression andererseits, mit deren Hilfe die ökonomische „Störfreimachung“ nun zunehmend gesichert werden sollte, führten die politische Führung in Ost-Berlin immer tiefer in einen *circulus vitiosus* aus unbedingtem Willen zur Macht, Unfähigkeit zur effektiven Gestaltung und nonkonformem Verhalten der Bevölkerung. Der gesamtgesellschaftliche Gestaltungsanspruch der Parteiführung hatte die DDR an den Rand des ökonomischen Zusammenbruches geführt, der notwendigerweise auch das Ende des politischen Herrschaftssystems nach sich gezogen hätte. Diese Zusammenhänge sind überzeugend als „Krise von unten“¹¹ beschrieben worden, der insofern eine besondere Bedeutung zukam, als sie mit einer „Krise von oben“, nämlich der zweiten Berlin-Krise¹², kollidierte und damit den Handlungsdruck in beiden Ebenen nachhaltig verschärfte.

Hingegen ist aus dem Blickwinkel der verfehlten Agrarpolitik all jenen Interpretationen energisch zu widersprechen, die in dieser Entwicklung eine „kalkulierte Krise“¹³ sehen, die von Ulbricht zielgerichtet und gesteuert forciert wurde, um so Chruschtschow unter Handlungsdruck zu setzen und dessen zwingend benötigtes Plazet für den Mauerbau zu erwirken. Die

10 Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin ²1997, bes. S. 91-104.

11 Patrick Major: Innenpolitische Aspekte der zweiten Berlinkrise (1958-1961), in: Hans-Herrmann Hertle, Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann (Hg.): Mauerbau und Mauerfall. Ursachen, Verlauf, Auswirkungen, hg. Berlin 2002, S. 97-110, hier S. 98.

12 Vgl. Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte, Berlin 2011, bes. S. 207-251.

13 In diesem Sinne z. B. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949-1985, Frankfurt/M. 1985, S. 131.

agrarwirtschaftlichen Verwerfungen mit ihren gesamtgesellschaftlichen Folgen waren alles andere als kalkuliert, sie erwischten die illegitimen Machthaber unmittelbar und unvorbereitet. Die Vollkollektivierung hatte die innenpolitische Lage keineswegs zuspitzen sollen, das Gegenteil war die Erwartung gewesen. Hier sprechen insbesondere die Quellen eine eindeutige Sprache.

Allerdings bedeutet das nicht, dass diese Krise nicht kalkuliert *genutzt* wurde, um eigene Ziele durchzusetzen. So sehr, wie die Negativfolgen des „sozialistischen Frühlings“ Ulbricht und Genossen überraschten, so schnell wussten sie diese für ihre eigenen Zwecke einzusetzen. So wandte sich Ulbricht im November 1960 an Chruschtschow, suchte um zusätzliche Lebensmittellieferungen nach und wies auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen „Republikflucht“ und Lebensmittelknappheit hin. Mitte Januar 1961, in Ost-Berlin hatte sich bereits die den Mauerbau vorbereitende Arbeitsgruppe aus Erich Honecker, Karl Maron und Erich Mielke gebildet, folgte ein weiterer Brief an den „Teuren Nikita Sergejewitsch“. Zwar war hierin nur am Rande von der Agrarwirtschaft die Rede, doch die Botschaft war eindeutig: „Das Erreichen politischer Erfolge in Bezug auf die Beseitigung der Überreste des Krieges und die Sicherung des Friedens setzt eine erhebliche Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der DDR im Jahr 1961 voraus.“¹⁴ Im Umkehrschluss deutete das nicht weniger an, als dass eine weitere Schwächung der DDR alsbald zu deren Ende führen würde. Es sei denn, natürlich, die Rahmenbedingungen würden grundlegend verändert. Ab spätestens diesem Moment, dafür gibt es zahlreiche Belege, nutzte Ulbricht die negativen Auswirkungen der erzwungenen Kollektivierung sehr bewusst, um Chruschtschow im Rahmen seiner Möglichkeiten zum Handeln zu treiben und so in die von ihm gewünschte Richtung zu lenken: in Richtung Mauerbau.

Insofern war es weit mehr als Slapstick, was sich in dem eingangs angeführten Gespräch vom 1. August 1961 abspielte. Ohne Zweifel hatten die beiden höchsten Funktionäre aus Moskau und Ost-Berlin Besseres zu tun, als sich über die Feinheiten des Maisanbaus zu streiten. Aber darum ging es letztlich auch gar nicht. Mais war Chruschtschows liebste agrarische Unternehmung, für ihn war die Pflanze „Wurst am Stängel“, die die Lösung der Nahrungsmittelknappheit auch in der DDR versprach. Ulbrichts nahezu melodramatischen Einwurf: „Aber bei uns wächst er nicht“, konterte Chruschtschow daher ebenso kühl wie eindeutig und machte seine Botschaft metaphorisch, doch unmissverständlich klar: Das Supremat lag in Moskau, nirgends sonst. Hier fielen alle grundlegenden Entscheidungen und die politische Führung der DDR hatte das bedingungslos anzuerkennen.

14 André Steiner: Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer. Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: Hartmut Mehringer (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 233-268, hier S. 248.

Aber auch Ulbricht hatte seinen wichtigsten Punkt gemacht, indem er ein Bild von der DDR zeichnete, wie es schwärzer kaum sein konnte: Unter den gegebenen Umständen, so die abermalige Erklärung, war der Sozialismus nicht zu realisieren, er war in akuter Gefahr, und es mussten entschlossene Maßnahmen ergriffen werden, um ihn zu sichern. Das ganze Jahr hatte er diese Auffassung nach Moskau gesandt, und der agrarische Sektor hatte dabei nahezu durchgängig eine herausragende Rolle gespielt. Und am 1. August, nach dem finalen Streit über Maisanbau und andere Verwerfungen, bekam er endlich, was er wollte: Chruschtschows Genehmigung zum Mauerbau: „Führt das durch, wann Ihr wollt, wir können uns jederzeit darauf einrichten.“¹⁵ Insofern war das Scheitern der Kollektivierungspolitik, mehr noch die kalkulierte Nutzung dieses Scheiterns, ein wichtiger Faktor auf dem Weg zum Mauerbau. Zudem zeigte sich gerade diesbezüglich, dass kleinere, weniger machtvolle Verhandlungspartner durchaus in der Lage sein können, ihren Seniorpartner maßgeblich zu beeinflussen, wenn dies nur halbwegs geschickt arrangiert wird. Darin war Ulbricht ohne Zweifel Meister.

2. Exkurs: Kollektivierungserfahrung und Mauerbau

Mit Blick auf die Person Ulbricht gibt es einen weiteren, bisher nicht erwähnten, jedoch eminent wichtigen Zusammenhang zwischen dem agrarischen Sektor und dem Mauerbau. Allerdings lässt sich dieser Zusammenhang nur sehr schwer fassen und ebenso schwer mit konkreten Quellen belegen. Gleichwohl erscheint die Dichte entsprechender Indizien hoch genug, um das Problem zumindest in die Debatte einführen zu können.

Beschreibt man die Vorgeschichte der Mauer und den Mauerbau selbst in sehr allgemeiner Weise, so dürfte Einigkeit darüber bestehen, dass es sich hierbei um eine Entwicklung handelte, in deren Verlauf die Herrschaft der SED in zunehmendem Maße, schließlich akut gefährdet war. Der Kontrollverlust der Partei wuchs, ein signifikanter Teil der Bevölkerung verweigerte sich dem politischen Gestaltungsanspruch, und der Problemstau wurde beständig größer. Die Lösung all dieser Probleme bot schließlich eine entschiedene, eine kurzfristige Gewaltmaßnahme, die mit aller Konsequenz und unter Ausschluss möglichst aller Alternativen umgesetzt wurde.

Wenn man diesen Befund für den Mauerbau akzeptiert, so fällt auf, dass er nahezu deckungsgleich auch auf einen anderen Prozess anwendbar ist – auf die Kollektivierung der Landwirtschaft. Auch sie endete, weniger als zwei Jahre vor dem 13. August 1961, auf die beschriebene Weise: kurzfristig, gewaltsam, konsequent und alternativlos. Aber sie hatte keineswegs so begonnen. An ihrem Beginn im Juni 1952 stand noch der Versuch, die ländliche Bevölkerung einzubinden und für das eigene Modell zu interessieren. Als sich dies zunehmend als ergebnislos bis kontraproduktiv erwies, setzte die SED ab November gleichen Jahres – und

15 Vgl. Fußnote 6.

auch hier war Ulbricht der entscheidende Protagonist – auf eine schrittweise Radikalisierung, die die gewünschten Erfolge hervorbringen sollte. Doch das Gegenteil trat ein, die Akzeptanz des vorgeschlagenen Modells, hier der kollektivierten Landwirtschaft, sank auch unter diesen Bedingungen weiter, und die aufgestauten Spannungen entluden sich im Volksaufstand vom Juni 1953.

Der dadurch ausgelöste Lernschock raubte den politischen Protagonisten offensichtlich ihre letzten Illusionen. Nun ging es selbst im eigenen Verständnis nicht mehr um Überzeugung, sondern um pure Überwältigung, um eine sprunghafte, bedingungslose Radikalisierung als Lösungsweg für existenzielle Probleme. Der „sozialistische Frühling“ des Jahres 1960 hatte Ulbricht endgültig klargemacht, dass dieser Weg gangbar und im Sinne der Herrschaftssicherung potenziell erfolgversprechend war. Gegen diese Interpretation sprechen auch nicht die negativen Auswirkungen der Vollkollektivierung, denn wie bereits ausgeführt, nutzte Ulbricht diese vor allem als wohl kalkuliertes Druckmittel – grundlegend hatte er keine Zweifel, dass es sich dabei lediglich um ein vorübergehendes Phänomen handeln würde. So hatten es schon die „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus vorhergesagt. Alles was er brauchte, war Zeit, und die sollte ihm der Mauerbau verschaffen.

Ulbricht hatte tatsächlich aus dem wechselvollen Verlauf der Kollektivierung seine Lehren gezogen und war Machtpolitiker genug, um die gewonnenen Erfahrungen auch auf andere Prozesse übertragen zu können. Von der Kollektivierung lernen, heißt für den Mauerbau lernen, könnte man hier durchaus schlussfolgern. Inwiefern derartige Erfahrungen als bewusste Handlungsschablone dienen, muss offen bleiben und wird möglicherweise nie beantwortet werden. Aber zweifelsohne lag hiermit ein Referenzmodell vor, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass dieses Ulbricht nicht vor Augen stand, als sich die Probleme im Verlauf des Jahres 1961 immer weiter auf türmten. Die Genese der Kollektivierung hatte gezeigt, dass grundlegende Probleme radikal gelöst werden mussten, da die Zustimmung der Bevölkerung für die sozialistische Utopie anderweitig nicht mehrheitlich zu erlangen war. Insofern geht es an dieser Stelle nicht darum, einen Kausalzusammenhang zwischen beiden markanten Prozessen zu konstruieren, sondern um Folgendes: Zukünftig muss sich der Blick auf den Mauerbau weiten, denn es gibt zahlreiche Themenfelder, die einen erträglichen Erkenntnisgewinn versprechen, bis heute aber zu wenig Berücksichtigung gefunden haben. Der agrarische Sektor gehört dazu in jedem Fall.

3. Herrschaft als unmittelbare Praxis. Der Kreis Eilenburg

Deutlich wird die Möglichkeit eines solchen Erkenntnisgewinns auch am abschließend zu erläuternden Fallbeispiel, in dem sich die angesprochenen Themen regelrecht bündeln, und das zudem konkret fassbar macht, dass die Mauer zwar in Berlin errichtet wurde, virtuell und herrschaftspraktisch aber überall in der DDR anzutreffen war; und das hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Bewohner der Dörfer. Wieder ist dabei die Kollektivierung Dreh- und Angelpunkt des Geschehens. Mehr noch, das Agieren der ländlichen Gesellschaft nach dem 13. August 1961 lässt sich überhaupt nur verstehen, wenn man dies berücksichtigt.

Der Blick sei daher gerichtet auf den Kreis Eilenburg im früheren Bezirk Leipzig. Diesem Kreis kommt in der DDR-Geschichte insofern eine besondere Bedeutung zu, als er im Dezember 1959 landesweit der erste vollgenossenschaftliche Kreis war; das heißt, alle Privatbauern waren zu diesem Zeitpunkt bereits zu einem Beitritt in die LPG gezwungen worden. Im vorliegenden Fall trifft es tatsächlich nur dieses eine Wort: gezwungen. Generalstabsmäßig geplant, überrollte ab Anfang November 1959 eine Gewaltwelle die Region, die vor nichts haltmachte. Unter dem Motto „Wenn der Widerstand am höchsten ist, dann ist der Umschlag in die neue Qualität am nächsten“ – ein Motto, das sich auch auf den Mauerbau anwenden ließe –, zogen Parteikader, Justizfunktionäre und MfS-Mitarbeiter durch die Dörfer und sorgten unter Einsatz aller Mittel dafür, dass jeglicher Widerstand, jegliche Ablehnung der Kollektivierung gebrochen wurde. Es waren im wahrsten Sinne des Wortes brutale Wochen. Dafür wurde der Kreis von offizieller Seite alsbald gebührend gefeiert, Ulbricht persönlich schaute vorbei, und Eilenburg wurde zum Rollenmodell, zur Handlungsvorlage für den wenige Wochen später hereinbrechenden „sozialistischen Frühling“.¹⁶

Das Problem dabei: Nachdem der Kreis vollgenossenschaftlich war, fingen die Schwierigkeiten erst richtig an. Alle bereits geschilderten Folgeprobleme der Vollkollektivierung trafen Eilenburg mit ganzer Härte, fast nichts ging mehr, aus dem Vorreiter wurde ein schwerer Problemfall. Daraus resultierten heftige Auseinandersetzungen zwischen der SED-Kreis- und -Bezirksleitung, auch die Ost-Berliner Zentrale schaltete sich mehrfach ein. Die zuständigen Funktionäre vor Ort blieben vorerst allerdings in ihren Ämtern. Dann kam der 13. August 1961. Was daraufhin geschah, ist ein Extremfall, zeigt aber sehr deutlich, wie die ländliche Gesellschaft reagierte, und erklärt, warum sie so reagierte.

16 Vgl. zu den Details Schöne, Frühling auf dem Lande, S. 154-166; zum MfS im „sozialistischen Frühling“ ferner Daniela Munkel: Der Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft im Spiegel der MfS-Berichte an die SED-Führung, in: Michael Beileites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum (Hg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute, Berlin 2010, S. 67-85.

Zunächst, unmittelbar nach dem Mauerbau, bildeten die Vorsitzenden der SED-Kreisleitung, des Rates des Kreises und der Kreisdienststelle des MfS eine „Einsatzleitung“ und zogen marodierend durch ihr Herrschaftsgebiet. Sie schlugen Leute zusammen, nahmen willkürliche Verhaftungen vor, requirierten nach Gutdünken Sachwerte. Dieses neue, harte Vorgehen widerspiegelte sich auch in der nun rasant anwachsenden Zahl von Inhaftierungen. Schon Mitte Oktober 1961, keine zwei Monate später, kam die Staatssicherheit dahingehend zu einem beredten Ergebnis: „Obwohl die Anzahl der [...] Festnahmen [...] nicht allein der Maßstab der Ergebnisse der operativen Arbeit sind, ergibt die Analyse der seit Jahresbeginn auf der Linie Landwirtschaft im Bezirk durchgeführten 50 Festnahmen eine Unterschiedlichkeit der Ergebnisse der Arbeit der einzelnen Arbeitsgruppen. Von diesen Festnahmen erfolgten 7 Festnahmen vor dem 13.8.61, die restlichen 43 nach diesem Zeitpunkt.“¹⁷ Gleichwohl war dies nur die Spitze des Eisberges. Weitere Berichte aus dem Kreisgebiet verzeichneten öffentliche Äußerungen leitender Funktionäre wie etwa: Man solle Missliebigen die „Zähne ausschlagen“, „im Ernstfall wird er erschossen“ oder Betroffene würden ohnehin „nicht mehr [lange] leben“. Im Kreis Eilenburg herrschte Faustrecht. Dieser Ausnahmezustand war eine mittelfristige Folge der gescheiterten Kollektivierungspolitik, der 13. August hatte schließlich die Rahmenbedingungen derart verändert, dass Willkür und Gewalt offen und ungehindert zutage treten konnten.

Wie aber reagierte die ländliche Bevölkerung auf den Mauerbau? Die Antwort auf diese Frage ist ebenso eindeutig wie nachvollziehbar: Eine öffentlich wahrnehmbare Reaktion blieb nahezu vollständig aus. Dazu trug ohne Zweifel das gewaltvolle Klima nach dem 13. August bei, das in Eilenburg zwar extrem ausfiel, prinzipiell aber im gesamten Land anzutreffen war. Tatsächlich aber gab es dafür einen weiteren, viel tiefer gehenden Grund: Für die Einwohner der Dörfer war der Mauerbau, anders als für die Stadtbewohner, eben nicht jene originäre Gewalterfahrung, die ihnen – metaphorisch gesprochen – die Augen für den Charakter des SED-Regimes öffnete. In den Dörfern war es der „sozialistische Frühling“ von 1960 gewesen, der als unmittelbarer Überwältigungsakt durch die Machthaber, als elementarer Eingriff in Leben, Arbeiten, Eigentum und Tradition wahrgenommen wurde. Die Domestizierung der Dörfer durch die selbst ernannte Partei der Arbeiterklasse erfolgte nicht erst durch den Mauerbau, er war bereits – trotz des noch immer zu verzeichnenden Widerstandes – durch die kompromisslose Vollkollektivierung erfolgt. Insofern ähneln sich, wie eingangs betont, die Reaktionen in den ländlichen und den urbanen Gebieten nur auf den ersten Blick. Zwar lassen sich auch in den Dörfern verschiedenste Formen von Widerstand und Nonkonformität nachweisen, doch fallen diese quantitativ deutlich hinter die Städte, insbesondere hinter Berlin, zurück. Anders als beim Volksaufstand von 1953, bei dem

17 Protokoll der Stützpunktberatung der Linie Landwirtschaft am 11.10.1961, in: BStU, ASt. Leipzig, BdL, Nr. 190, S. 69.

die Dörfer vor und auch noch lange nach den Städten rebellierten, blieb es Ende 1961 vergleichsweise ruhig. Dazu hatte ohne Zweifel auch beigetragen, dass wichtige Teile der dörflichen Eliten, des kritischen Potenzials, in den vergangenen 18 Monaten dem Land den Rücken gekehrt und im anderen deutschen Staat ihr Glück gesucht hatten. Insofern traf es ein inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit fünf Tage nach dem 13. August sehr genau, als er folgende Einschätzung aus einem kleinen thüringischen Dorf ablieferte: „Zu den Sicherungsmaßnahmen in Berlin ist zu sagen, dass sich diese sehr günstig auswirkten. Man hört Niemanden mehr nörgeln und jeder gibt sich Mühe, mitzuarbeiten.“¹⁸ Von einer gewissen Zahl an Ausnahmen abgesehen, schwiegen die Dörfer. Inwiefern dies zum Ausbleiben des von vielen Beteiligten erwarteten Volksaufstandes nach dem 13. August beitrug, ist bis heute nicht geklärt.

4. Rückblick und Ausblick

Ursächliche Zusammenhänge zwischen der erzwungenen Vollkollektivierung im „sozialistischen Frühling“ 1960 und der Errichtung der Berliner Mauer ab dem 13. August des Folgejahres lassen sich nicht von der Hand weisen. Sowohl strukturell als auch intentional und ganz konkret sind Verknüpfungen zwischen beiden Vorgängen nicht zu übersehen. Zur Sicherung der eigenen Macht benötigte das SED-Regime die totale Ummauerung ihres Herrschaftsgebietes; so, wie sie auch den Schießbefehl brauchte. Denn die Grenzen machten nur dann Sinn, wenn sie tödlichen Charakter trugen. So unmenschlich dies auch war, ist und bleibt, lag es letztlich doch in der Logik der sozialistischen Utopie. Auf ein Elite-, genauer: Kadermodell gegründet, das jegliche Abweichungen von den Direktiven der allein herrschenden Partei mit brutaler Konsequenz verfolgte, konnte die Utopie auch in der DDR nur so lange wirkungsmächtig bleiben, wie sie den Beherrschten eine Realität präsentierte, die von diesen nicht als untauglich für das eigene Leben verworfen wurde. Auf dem Lande sollten dies die vollständig kollektivierten, die „sozialistischen“ Dörfer sein, die unter Anleitung der Partei genossenschaftlich für die Planwirtschaft arbeiteten. Das lehnte der überwiegende Teil der privaten Betriebsinhaber ab – also wurden sie 1960 mithilfe eines dramatischen Gewaltaktes ihrer Wirtschaftsführung beraubt und in das vorgesehene Modell gepresst. Die Folgen sind bekannt. Ähnliches wiederholte sich im Sommer 1961, nur war es dieses Mal keine klar abgegrenzte Bevölkerungsgruppe, die Ziel der weitreichenden Maßnahmen wurde, sondern die gesamte DDR-Bevölkerung. Nur so konnte die DDR (und mit ihr die Utopie) am Leben erhalten werden. Denn es waren eben keine Herausforderungen von außen, unter denen das Land zu zerbrechen drohte, sondern

18 Bericht vom 18.8.1961 zur Situation in der LPG „Am Hirschsprung“ Geismar, in: BStU, ASt. Suhl, KD Bad Salzungen, Nr. 1815 (unpag.).

Verwerfungen in ihrem Inneren, insbesondere der diktatorische Machtanspruch einer kleinen Minderheit, der auf zunehmende Ablehnung stieß und daher durch eine umfassende Radikalmaßnahme gesichert werden musste.

Welche Rolle genau die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft der DDR innerhalb dieser Prozesse spielten, muss weiter erforscht werden. Es dürfte deutlich geworden sein, dass dadurch einiger Erkenntnisgewinn zu erzielen ist. Denn insgesamt bleibt festzuhalten: Bisher hat die Landbevölkerung zu wenig Berücksichtigung bei der Beurteilung des selbst ernannten „Arbeiter- und Bauernstaates“ gefunden. Ändert sich das in Zukunft, so wird unser Bild präziser, differenzierter und verständlicher werden. Das gilt für die DDR insgesamt, und es gilt für den Mauerbau in Berlin.